

## **Antrag**

**der Abgeordneten Tim Golke, Dora Heyenn, Christiane Schneider,  
Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Cansu Özdemir, Heike Sudmann  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**zu Drs. 20/7594**

**Betr.: Sofortprogramm Mindestlohn**

Die Beratungen im Haushaltsausschuss über die Drs. 20/5901 haben erbracht, dass der Senat auch nach über einem Jahr der Prüfung nicht in der Lage ist, die Umsetzung des in der Sitzung der Bürgerschaft am 24.04.2013 zur Abstimmung stehenden Gesetzes über den Mindestlohn in der Freien und Hansestadt Hamburg zum Zeitpunkt des voraussichtlichen Inkrafttretens zu garantieren. Insbesondere hat der Senat auch auf mehrfaches Nachfragen im Sozial- und Haushaltsausschuss keine vollständige Liste der vom Mindestlohn betroffenen Unternehmen vorgelegt, und sich im Fall der Museen damit entschuldigt, dass diese ja Zuwendungsempfänger seien.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. Ein Sofortprogramm Mindestlohn einzurichten und im Zweifel ohne vorherige Anpassung von Verträgen, Unternehmen mit Arbeitsverhältnissen im Geltungsbereich des Gesetzes über einen Mindestlohn in der Freien und Hansestadt Hamburg anzubieten, die Kosten für eine notwendige Gehaltserhöhung inklusive eines angemessenen Beitrags für Arbeitgeberanteile zu übernehmen.
2. Hierfür Mittel bereitzustellen, um zu verhindern, dass die Behörden die möglichen Mehrkosten aus den bestehenden Budgets finanzieren müssen.